

Beilage zu Nummer 175 der Volksstimme.

Freitag den 28. Juli 1916.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 28. Juli 1916.

Städtische Kriegsküchen in Wiesbaden.

Man schreibt uns:

Die 4 städtischen Speise-Anstalten (Kriegsküchen), die Wiesbaden eingerichtet hat, haben in den 22 Monaten ihres Bestehens 2700 000 Portionen Essen verausgabt. Die Fleischknappheit, der Mangel an Kartoffeln und Hülsenfrüchten mußte notwendig auch den Speisezetteln der Kriegsküchen beeinflussen; es ist schwer, die früher so angenehm bemerkte Abwechslung zu bringen. Dennoch ist die Zahl der täglich abgegebenen Portionen geblieben, ein Beweis für die Eristenzberechtigung der Kriegsküchen. Sie ermöglichen es den Familien, eine nahrhafte Kost zu billigen Preisen zu beschaffen, ohne daß es nötig wäre, dazu lange Zeit durch die an den Lebensmittelverkauftellen zu verfrachten.

Durch das nunmehr vollständig durchgeführte System zur Verteilung der notwendigen Lebensmittel seitens des Staates auf die Kreise und Gemeinden entsprechend ihrer Einwohnerzahl, ist die weitere Verteilung auf die Einwohnerzahl durch die Lebensmittelkarten bedingt. Ein ziemlich erheblicher Teil, mindestens die Hälfte der Lebensmittel, werden erfahrungsgemäß zur Verteilung der Hauptmahlzeit, des Mittagessens, verwendet. Es entfällt daher der Gerechtigkeit, daß diejenigen, welche ihr Essen an den städtischen Kriegsküchen beziehen, den entsprechenden Anteil ihrer Lebensmittelkarten abgeben und dadurch die Stadt in die Lage versetzen, eine dementsprechende Menge von den ihr zur Verfügung gestellten Waren den Kriegsküchen zur Verteilung des Essens zu überweisen. Daß dabei möglichst nachsichtig verfahren werden soll, dessen dürfen sich die Gäste der Kriegsküchen bewußt halten, ebenso wie diese aber auch das Vertrauen für sich beanspruchen müssen, daß die an sie abgegebenen Kartenabschnitte den Mindestmaß des dafür in dem Essen Gebotenen darstellen. Bisher wird bis auf weiteres nur die Abgabe der Hälfte der wöchentlichen Fleischkarten-Abschnitte verlangt.

Ausnahmsweise werden bis auf weiteres Wochenkarten an alle in Wiesbaden ansässigen Personen ohne Abgabe von Lebensmittelkarten-Abschnitten abgegeben, wenn diese eine von ihrem Arbeitgeber ausgestellte Bescheinigung vorlegen, daß sie in Wiesbaden in Arbeit stehen.

Wie in jedem geordneten Haushalt man vorher wissen muß, wieviel Personen gelocht werden soll, so muß auch in einem Kriegsküchen, wie den städtischen Kriegsküchen, von vorneherein wissen, wieviel Personen in den einzelnen Küchen täglich essen. Seither war deren Betrieb in dieser Hinsicht überaus erschwert; an verschiedenen Tagen der Woche wurden 3500 bis 4500 Portionen abgegeben, an anderen Tagen, die eine etwas kleinere Kost umfassen, waren 6000 bis 6750 Portionen erforderlich. Solchen Schwankungen darf ein ordnungsmäßiger Betrieb nicht unterworfen werden, wenn er gut arbeiten soll. Es wird daher vom 31. Juli ab das Essen nur noch gegen Wochenkarten, die 6 Abschnitte mit der Bezeichnung der einzelnen Wochentage enthalten, abgegeben. Jede Wochenkarte gilt nur für eine bestimmte Kriegsküche.

Während früher große Portionen (zirca 1 Liter) zu 30 Pfennig und einfache Portionen (zirca 1/2 Liter) zu 15 Pfennig berechnet wurden, werden jetzt nur noch einheitliche Portionen, 1/2 Liter zum Preise von 1,50 Mark für die Wochenkarte abgegeben. — Einzelkarten werden nur noch ausnahmsweise für die Wochentage verabschiedet, ferner für Sonntage, jedoch bereits im Laufe der vorausgehenden Woche und zum Preise von 30 Pfennig verabschiedet.

Von ganz besonderer Wichtigkeit ist heute die penigende Ernährung der heranwachsenden Jugend. Nun haben die Herren Otto und Karl Henkel dem Magistrat in hochherziger Weise für einen Kinderfreizeit monatlich 3500 Mark zur Verfügung gestellt. Angeregt durch die früheren Stiftungen seitens der Herren Geh. Sanitätsrat Prof. Dr. Vagenhofer und Dr. med. Adolf Vagenhofer, sowie der Maschinenfabrik Wiesbaden, wird der Magistrat eine öffentliche Sammlung für den Kinderfreizeit veranstalten. So wird es möglich werden, täglich etwa 1000 Schulkinder, welche von den Schulärzten ausgesucht wurden, kostenfrei zu speisen. Zu diesem

Zweck haben der Turnverein seinen großen Saal in der Hellmuthstraße und die Bergischengemeinde den großen Gemeindefeal in der Steingasse zur Verfügung gestellt. Dortselbst werden auch alle diejenigen Kinder, die allein, ohne Begleitung Erwachsener, ihr Essen in den städtischen Kriegsküchen einnehmen, gespeist. Die Kinderwochenkarte, enthaltend Abschnitte zu 0,5 Liter für die sechs einzelnen Wochentage, kostet 90 Pfennig.

Während die städtischen vier Kriegsküchen in erster Linie das Bestreben haben, auch unter Auswendung eines erheblichen Zuschusses (bis jetzt innerhalb 22 Monaten 165 000 Mark) der allgemeinen Not entgegenzuwirken, hat sich in einer großen Anzahl von Städten das Bedürfnis fühlbar gemacht, den Vorrat der Kriegsküchen auch solchen zugänglich zu machen, welche bislang aus Gründen meist persönlicher Art nicht in der Lage waren, dorthin zu gehen. Der Magistrat hat sich daher entschlossen, unter dem Namen „Städtische Kriegsküche 5“ im Friedrichsplatz, Friedrichstraße 43, eine Speiseanstalt zu eröffnen, in welcher ein Mittagstisch zum Preise von 3,00 Mark für die Wochenkarte bezw. 75 Pfennig für die Einzelkarte, in einer den häuslichen Gewohnheiten entsprechenden Weise gegeben wird. — Der Preis ist so bemessen, daß er die Selbstkosten deckt, daher dort niemand unter dem Eindruck steht, er empfangen eine Wohltat aus öffentlichen Mitteln.

Die Ausgabe der Wochenkarten ist hier ebenso an die Abgabe von Lebensmittelkarten noch näherer Bekanntmachung geknüpft, wie es auch bei den übrigen vier Kriegsküchen nunmehr zur Einführung gelangt.

Parteiversammlung.

Am Mittwoch fand eine gut besuchte Parteiverammlung statt, die den Bericht von der Bezirkskonferenz entgegennahm. Den Bericht erstattete Genosse H a e f e. Die Verhandlungen der Konferenz wurden mit einem Mißton eingeleitet, indem der Ausschluß der Pressevertreter von den Verhandlungen beschlossen wurde. Im Anschluß an den Geschäfts- und Kassenbericht wurde eine Entschließung angenommen, die sich gegen die Frankfurter Parteioffensive wendet, weil diese die Richtabführung der Pflichtbeiträge an den Bezirksvorstand beschloß und den Betrag an den Parteivorstand nach Berlin geschickt hatte. Ein weiterer Protest richtet sich gegen den Parteivorstand wegen der Verabschiedung des vierjährigen Zuschusses an den Bezirk, wodurch das Fortbestehen des Bezirkssekretariats gefährdet ist. Inzwischen ist diese Maßnahme vom Parteivorstand zurückgezogen worden, und es wird der alle Jährsch weiter gezahlt. Dann wurde der „Volksstimme-Konflikt“ durch ein Referat des Genossen H a t t m a n n eingehend behandelt. In einer Entschließung wurden die Beschlüsse der Zeitungskommission und des erweiterten Bezirksvorstandes gutgeheißen. Im Anschluß an den Bericht schloß Genosse G o e s e eine Verständigung mit der Frankfurter Parteioffensive vor, damit der Konflikt endlich aus der Welt geschickt wird. Wir haben als Wiesbadener ein Interesse daran, das Unternehmen der „Volksstimme“ zu fördern und dafür zu sorgen, daß die „Volksstimme“ in weitere Kreise Eingang findet. Inhalt, Ausstattung und Preis des Blattes sind so eingerichtet, daß jeder Arbeiter die Zeitung mit Interesse lesen und sich weiter bilden kann. Um einen Ausgleich zu erzielen, ist es jedoch notwendig, daß die kleinen Geschäftseigenen und die Dienstbesitzer des Blattes in den Kreisen der Arbeiterschaft aufhören und jeder wieder mit Interesse für das Parteiorgan werden kann. Die Möglichkeiten einer Verständigung sind gegeben, indem eine Vertretung in der Pressekommission und in der Gesellschaft sofort eingerichtet wird. Mit Ausnahme des Genossen G o e s e als derzeitiges Mitglied des Bezirksvorstandes traten alle Mitglieder in der sehr lebhaft geführten Diskussion für die Vorschläge des Genossen G o e s e ein. Im jedoch eine allgemeine Verständigung auch mit den anderen in Betracht kommenden Kreisen zu erzielen und weil vom Genossen G o e s e mitgeteilt wurde, daß der Parteivorstand aller Wahrscheinlichkeit nach sich zu einer Vermittlung bereit erklärt hat, wurde nachstehende Entschließung gegen wenige Stimmen angenommen:

Die am 28. Juli 1916 im Gewerkschaftshaus tagende Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Kreisverbandes für Wiesbaden, den Rheingau und Untermainkreis, Billie Wiesbaden, nimmt Kenntnis von dem Bericht über die am 28. Juni in Frankfurt a. M. stattgefundene Parteikonferenz. Die Versammlung kann sich mit den Beschlüssen der Bezirks-

konferenz im „Volksstimme“-Konflikt nicht einverstanden erklären, sondern ist der Ansicht, daß die „Volksstimme“ noch wie vor als Parteiorgan für den Wahlkreis Wiesbaden, den Rheingau und Untermainkreis nur in Frage kommt und daher von der Arbeiterschaft zu unterstützen ist.

Die Versammlung beauftragt den Billievorstand von Wiesbaden, dem Parteivorstand in Berlin, dem Bezirksvorstand in Frankfurt a. M. und der Geschäftsleitung der „Volksstimme“ von dieser Entschließung Kenntnis zu geben und zu beantragen, daß eine Verständigung auf der Grundlage der Grundsätze der Vorschläge zu dem Pressekreis seitens des Parteivorstandes eingeleitet und herbeigeführt wird.

Zum Ausdruck wurde noch gebracht, falls wider Erwarten durch die Vermittlung des Parteivorstandes in Berlin keine Verständigung erzielt werden sollte, dann will sich Wiesbaden mit den Frankfurtern ins Einvernehmen setzen, um die Differenzen zu beseitigen. — Unter Verschiedenes wurde noch dem Vorstand bekanntgegeben, daß am Mittwoch den 9. August wieder eine Versammlung stattfinden wird, in welcher der Bericht der Stadtverordnetenfraktion zur Tagesordnung steht.

Es gibt wieder mehr Kartoffeln. Durch genügende Zuweisung von Kartoffeln seitens der zuständigen Stelle ist die Stadt wieder in der Lage, sieben Pfund auf die Kartoffelmarke abzugeben und den Verkauf insoweit zu dezentralisieren, daß auch außer an den Markständen in den, in der Bekanntmachung angegebenen Geschäften Kartoffeln zu haben sind.

Fleischverteilung. Der Magistrat gibt im Angeigenteil der gestrigen Ausgabe bekannt, daß diejenigen Kunden, die der polizeilich geschlossenen Metzgerei Vollmer zugeteilt waren, ihre Fleischkarten im städtischen Lebensmittelamt umtauschen können.

Eine bedeutsame Tagung über Kindererziehung. Im September d. J., wird das Archiv Deutscher Berufsverbände in Leipzig seine Jahresversammlung abhalten. In derselben Woche wird das Erziehungsamt der Inneren Mission und der Deutsche Verein für Armenpflege dort zusammenkommen. Außer einer Reihe wichtiger Einzelfragen, wie sie durch den Krieg, die Kriegsunterstützung, die Versorgung der Kriegswaisen und anderes nacheinander, wird das Archiv über die Bedeutung der Berufsverbände für die Sozial- und Kleinfamilienfrage verhandeln. Als Redner sind unter anderen Prof. A. Fischer (München) und Erzengel Wärenter (Wien) in Aussicht genommen. An den Tagungen des Archivs haben sich auch die Berufsverbände außerhalb des Reiches, vor allem Österreich-Ungarns und der Schweiz, teilgenommen.

Wettbewerbs für ein nationalisiertes Verzeichnis. Der Kassische Verkehrsverband, E. V., hat ein Ausschreiben erlassen zur Schaffung eines Verzeichnisses für sein demnächst erscheinendes Verzeichnis von Kassau. Zu diesem Wettbewerb werden Künstler eingeladen, die im Regierungsbezirk Wiesbaden ihren Wohnsitz haben, sowie die der benachbarten Städte. Es gelangen drei Preise im Gesamtwert von 400 Mark für die besten künstlerischen Leistungen zur Verteilung; außerdem behält sich der Vorstand vor, nicht preisgekrönte Arbeiten käuflich zu erwerben. Das Preisgericht wird sich zusammen aus den Herren Geheimrat Professor Luthmer (Frankfurt a. M.), Dr. Müller-Wallow (Frankfurt a. M.) und Professor B. Ullrich (Frankfurt a. M.), sowie den Mitgliedern des Verwaltungsrates des Kassischen Verkehrsverbandes, den Herren Bürgermeister Jacobs (Königsstein i. T.), Oberbürgermeister Büble (Bad Homburg v. d. H.), Dr. Richard Rösel (Frankfurt a. M.) und Landrat Geheimrat Regierungsrat Wagner (Küdersheim). Die Entwürfe müssen bis zum 20. September 1916 an die Geschäftsstelle des Kassischen Verkehrsverbandes, Frankfurt a. M., Bahnhofplatz 8, L., eingereicht sein.

Vom Briefgeheimnis. Nach § 299 des Strafgesetzbuchs verurteilt Geldstrafe bis zu 300 Mark oder Gefängnis bis zu drei Monaten, wer einen verschlossenen Brief oder eine andere verschlossene Urkunde, die nicht zu seiner Kenntnisnahme bestimmt ist, vorfälschlich und unbefugter Weise öffnet. Die Verurteilung tritt nur auf Antrag ein. Die Frage, wer den Antrag zu stellen habe, fand im Vordergrund eines Strafverfahrens gegen Frau G. in Berlin. Das Dienstmädchen der Angeklagten hatte öfter Briefe, die für die in einer höheren Etage desselben Hauses wohnende Schwägerin der Frau bestimmt waren, dem Briefträger, der Treppen sparten wollte, abgenommen. Die Frau G. öffnete in mehreren Fällen die Briefe und nahm von ihrem Inhalt Kenntnis. Die Schwägerin stellte, nachdem sie das erfahren hatte, gegen die Frau Strafklage. Das Landgericht als Berufungsinstanz verurteilte die Angeklagte wegen Verletzung des Briefgeheimnisses auf Grund des § 299 des Straf-

Ein verschollenes Gedicht von Ernst Moritz Arndt.

Wie wir im „Literarischen Echo“ lesen, hat Prof. Dr. Werner Deetjen ein Gedicht E. M. Arndts mitgeteilt, das sich in der großherzoglichen Bibliothek zu Weimar als Einblattgedicht befindet und nicht allgemein bekannt ist. Nachforschungen haben ergeben, daß die Verse aller Wahrscheinlichkeit nach ein Gruß an die in Saalfeld-Weimar lebenden ehemaligen Freiheitskämpfer war, für die in Jena am 17. Juni 1842 ein Kriegerfest veranstaltet wurde. Das Gedicht lautet:

„Zum 10. Juni 1842.“

Ihr Treuen, her die gute Hand!
Ihr Tapfern, her das warme Herz!
Auch uns ward mocher Wärme zu Sand,
Auch uns ward mocher Lust zu Schmerz;

Doch die unendlichen Gewalten,
Die wir geträumt, gekämpft, geliebt,
Die werden Land und Volk erhalten,
Wenn unser Staub zu Staub zerfällt.

Auf diesen Himmel laßt uns bauen,
Den Himmel unser eignen Brust;
In diesen Spiegel laßt uns schauen,
Den Spiegel ungetrübt der Lust!

Schlagt ein! Auf alles, was wir lieben!
Auf alles Schätze schlaget ein!
Nag vieles weilen und zerfallen,
Die Treue wird unsterblich sein!”

Die 20 Pfund des Dr. Dertel.

Der dieser Tage verhorbene konfessionale Reichstagsabgeordnete Dr. Dertel läßt sich in der letzten Reichstagsperiode seinen behäbigen Spott, wo sich Gelegenheit dazu fand, zuhause mit ihm in der Vereingekommmission und schiederte eines Tages in einem meiner Reichstagsbriefe in der „Volksstimme“, daß sich dort Dertel „mit der ganzen Macht seiner umfangreichen Persönlichkeit“ gegen die kleine Reform eingestellt habe, indem er die Freimüthigen unermüdlich mit den bekannten Äußerungen ihres Parteifreundes Herchensteiner gegen die Reform heile. Der scherzhafte Hinweis auf seine körperliche „Gewichtigkeit“ hatte es ihm angetan. Am nächsten Tage begrüßte er mich, als wir uns beim Beginn der Kommissionsberatung begegneten, mit folgender Korrektur: „Ich habe die freundlichen Zeilen gelesen, die Sie mir widmen, Herr Kollege, und Ihnen aber zur Steuer der Wahrheit mitteilen, daß ich seit dem Kriege um 20 Pfund abgenommen habe.“ Wir lachten beide. Jetzt ist es bei ihm mit der Körperabnahme verdammt ernst geworden.

Kleines Feuilleton.

Aus einem Gefangenenlager.

(Entnommen der „Deutschen Arbeiter-Sängerzeitung“.)

... Die Russen saßen oder standen plaudernd in Gruppen unter, die meisten von ihnen barfuß. Sie hatten die Stiefel neben ihre Lagerstätten gestellt und ließen sich den warmen, märtischen Sand woflig über die Füße rieseln.

Niemand läßt sich durch unsere Anwesenheit stören. Erst als ein blonder, untersehter Russe, feingliedrig und mit einem etwas weichen Gesichtsausdruck, im Rahmen des Eingangs erscheint, schaut alles auf. Es ist der Aufseher dieses Gefangenenlagers, ein Referendar, der ziemlich flüchtig Deutsch spricht. Er ruft die Sänger zum religiösen Abendgebet. Eine Schar von knapp zwei Dutzend Russen sammelt sich um einen schlanken, schwarzgekleideten Russen mit einem prachtvoll rasierten Kopf, in dessen Augen ein helles slawisches Temperament glüht. Er ist im Zivilisier Opernsänger in Odessa und hat hier unter seinen Kameraden offenbar einen kleinen Chor zusammengebracht, der seinen musikalischen und erzieherischen Fähigkeiten alle Ehre macht. Er selbst läßt neben dem Amt des Dirigenten das eines Vorsängers aus, wie wir es in unseren Synagogen sehen.

Die Russen, die nicht mitsingen, haben sich neben den Sängern in ihre Baracken aufgestellt und nehmen jetzt mit den Sängern ihre Plätze ab. Der metallische, unheimlich wohlklingende Tenor des Vorsängers ertönt jetzt weit in die abendliche Stille hinein. Der Sänger legt Seele in sein Lied, und auch als der Chor, nach Art eines gutgeschulten Männerchors, pünktlich und sicher einsetzt, fühlt man die innerliche Art des Vortrags. Es ist ein religiöses Lied, eine schwermütige, getragene Weise, die in dieser besonderen Umgebung, im Anblick der vielen hundert andächtig lauschenden Russen und bei der feierlichen Ruhe der abendlichen Landschaft festlich erweichend wirkt. Neben dem Eingang einer der vier Baracken sah ich jetzt ein Russe mit einem gelben Mongolen Gesicht in hohender Stellung und schärfte seine Abendsuppe aus dem Kessel. Er richtet sich mit einem Male auf, und seine Augen bestaunen den stumpfen Ausdruck. Scheu, wie schuldbehaftet, sieht er sich um, beobachtet seine Kameraden, dann haben die heimlichen Töne auch seine Seele in ihren Bann gezwungen. Auch wir, wohl alle in dem Gedanken an unsere gefangenen deutschen Brüder in Feindesland, sind nachdenklich geworden. Auch sie werden manches Mal, genau wie diese

Russen hier, im heimatischen Liede Trost und Vergessen für ihre Leiden finden.

Der lebhaftere Rhythmus eines Soldatenliedes, aus dem russisch-japanischen Krieg, wie uns der blonde Referendar erklärt, läßt uns erst aufhorchen. Wieder singt der gläubige Opernsänger aus Odesa vor, und wieder sehen die anderen sicher und ohne Schwanken ein; keiner kommt zu früh, keiner hinkt nach. Auch ein Liebeslied, „Kolada“, das die Russen jetzt anstimmen, fangen sie in derselben Weise. An den benachbarten Sammelhöfen drängen sich die Gefangenen an die Stacheldrahtumwehungen und lauschen herüber. Einem baumlangen Reichknecht, den die Sammelhöfe noch größer erscheinen läßt, schimmern die Augen feucht, und nach einer Weile gittert ein Tropfen in seinen struppigen Bart. Der kleine Referendar hat ein gezwungenes Lächeln im Gesicht. ...

Der partikularistische Führerhof.

In der „Volksstimme“ plaudert Rudolf Mosse über eine „Eierfische in Thüringen“, bei der er und seine Wirtin folgendes erlebt haben:

Als letztes Wort nach längeren Verhandlungen richtete eine Bäuerin, ehe sie mit dem Eierbrot heraustrat, an den Käufer die besorgte Gewissensfrage, ob er dafür bürgen könne, daß die Eier nicht an das feindliche Ausland geliefert würden. Er konnte getrost zur Antwort geben, daß sie nicht einmal den engsten Landkreis verlassen würden. Denn selbst das wäre schon ein Schmuggelkunststück gewesen. Die Genbarmen pösten auf. In der Entfernung von wenigen Kilometern begann bereits das Staatsgebiet eines anderen thüringischen Fürsten. Für dessen Untertanen durften sich die modernen Führer unseres Reiches nicht bemühen. Die Zuständigkeiten mußten streng gewahrt werden. Der Genbarm sprang von seinem Sockel, als er uns erklärte, und nahm ein regelrechtes Verhör auf. Zum Glück konnte er meine Wirtin persönlich. Seine Überzeugung, daß die Eier im Landkreis bleiben und nur Kreisinsassen (neben einigen wenigen Gästen) sich rechtlich davon nähren würden, schloß ihm vor Strafe.

Man sieht: die nationale Wirkung des Krieges hat ein großes Loch — die Führer — und auch die Schweinehälle haben sich einem radikalen Partikularismus ergeben und die Zeiten vor dem Zollverein wieder heraufbeschworen. An Stelle der Schlagbäume sind Genbarmen aufgestellt. Und jedes Ruhr ist auf seinen Archiven eingeschrieben.

Wissenschaft gelingt es noch einmal, bundesstaatliche Massen heranzugähren, die ihre Eier gleich in den Landbesatz legen.

